DER BREMER ANTIFASCHIST

0,50 €

Landesverband der VVN / Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten Bremen e.V.

Mai 05/2011

Bundeskongress deutlich verjüngt

Am Vorabend des 4. Bundeskongresses seit Vereinigung der antifaschistischen Verbände 2002 fanden zwei wichtige Veranstaltungen statt. Die FIR, der Dachverband der Widerstandsorganisationen Europas und Israels, legte zusammen mit dem belgischen Institut der Veteranen der Presse eine Karte der Lager und Haftstätten des deutschen Faschismus in Mitteleuropa vor. Dr. Ulrich Schneider verwies darauf, dass eine allererste Karte von deutschen Antifaschisten zu den Olympischen Spielen 1936 herausgegeben und in Zügen nach Deutschland ausgelegt wurde. Nach der Befreiung vom Faschismus erstellte der internationale Suchdienst des Roten Kreuzes 1949 auf Grundlage von Zeugnissen Überlebender einen Katalog der Lager und Haftstätten. Die aktuelle Karte beruht auf einer Datenbank und gibt 20.000 Orte wieder, darunter 4.000 Ghettos, 8.000 Stalags und Oflags der Kriegsgefangenen. Für 12,00 EUR ist sie bei der VVN-BdA käuflich zu erwerben.

Prof. Dr. Moshe Zuckermann kam eigens aus Tel Aviv, um am Vorabend des VVN-Bundeskongresses im gut gefüllten Senatssaal der Humboldt-Universität in Berlin zum Thema "Zwischen Israel-Kritik und Antisemitismus" zu referieren. Prof. Zuckermann deutete darauf hin, dass die aktuellen Entwicklungen in den arabischen Ländern, selbst die Demokratiebewegung in Ägypten, von der israelischen Gesellschaft, auch den Studenten, weitgehend ignoriert und als Unruhen gesehen würden. Premierminister Netanjahu befinde sich im Würgegriff seines Außenministers, die Arbeitspartei sei am Boden, der Zionismus faktisch in einer Sackgasse. Solange die Existenz eines Staates Palästina nicht akzeptiert werde,



Der gut gefüllten Senatssaal der Humboldt-Universität in Berlin

solange nicht die wesentliche Flüchtlingsfrage wenigstens symbolisch verhandelt werde, sei der Friedensprozess tot. Kritik an der Besatzungspolitik und Diskriminierung sei legitim, ein Boykott sei keine Lösung.

Der Bundeskongress am 02./03. April begann mit einem Orgelspiel aus dem 30jährigen Krieg. Prof. Dr. Heinrich Fink gedachte unserer 1.100 verstorbenen Mitglieder, darunter stellvertretend Fritz Bringmann, Jupp Angenfort, Hermann Gautier, Alma Müller, Maria Wachter, Kurt Hälker, Erwin Geschonnek. Begrüßung durch die Berliner VVN und die VVN-BdA Berlin. Romani Rose vom Zentralrat der Sinti und Roma erinnerte an die mehr als 137 Toten, die Faschisten seit 1990 auf dem Gewissen haben. Zu ihren Zielgruppen gehören auch Sinti und Roma. Ausweisung und Abschiebung von Roma heute bereiten dafür den Boden. Zum gemeinsamen Kampf gegen den Faschismus riefen auch Kathrin Senger-Schäfer vom Parteivorstand der Linken und Bettina Jürgensen vom Parteivorstand der DKP auf. Prof. Dr. Heinrich Fink würdigte die Erfahrungen seit der Vereinigung der antifaschistischen Verbände vor neun Jahren. Erfahrungen aus langen Jahren seien in die Arbeit der Vorstandsgremien Bundesausschuss und Bundessprecherkreis eingeflossen. Jedes 10. Mitglied ist in den letzten drei Jahren beigetreten, sicherlich auch ein Ergebnis der beiden NPD-Verbotskampagnen. Prof. Fink würdigte den Erfolg der Neofaschismus-Ausstellung, die erfolgreichen Blockade-Aktionen in Dresden mit 20.000 Teilnehmern, die Arbeit der Lagergemeinschaften und der Geschäftsstelle. Das wurde in den folgenden Beiträgen mit Streiflichtern auf die Landtagswahlen ergänzt und unterstrichen. Prof. Dr. Kurt Pätzold wies auf die drohende Entsorgung des Begriffs Antifaschismus hin. Geprägt von Mattheotti, Armendola, Gramsci, Zetkin und Ossietzky hatte der Begriff Faschismus eine weitergehende Bedeutung als seine deutsche Erscheinungsform Nationalsozialismus. Dr. Ulrich Schneider wies auf die Rechtsentwicklung in den ostmitteleuropäischen Ländern hin, Hans Coppi auf die Gefahr der Ausladung und Fernhaltung der Erben des Antifaschistischen Widerstands von der Gedenkstättenarbeit. ...

weiter geht es auf Seite 2

Landesmitgliederversammlung

Wir laden alle Kameradinnen und Kameraden der VVN-BdA herzlich ein zu einer Landesmitgliederversammlung **am Samstag, den 04. Juni 2010, um 15:00 Uhr,** in den Räumen des Arbeitervereins Use Akschen im Lichthaus (Hintereingang-Untergeschoss), Hermann-Prüser-Straße 4 (Straßenbahn 3 Haltestelle Use Akschen/Waterfront). Auf der Tagesordnung steht 1. Auswertung der Bürgerschafts- und Beiratswahlen, 2. Rückblick auf den Bundeskongress der VVN-BdA. Wer abgeholt werden möchte, sollte kurz Bescheid geben. Selbstverständlich freuen wir uns über alle Leserinnen und Leser "Der Bremer Antifaschist", die teilnehmen.

Euer Landesvorstand

Ich darf wählen - ich lebe in einer Demokratie

Man kann in diesem Lande etwas bewirken, wenn man sich politisch engagiert. Von der Umbenennung von Straßen, über das Abschmettern des Monsterknotens der A281 bis hin zum Erhalt eines Großteils des Stadtwerderwalds oder der Umgestaltung des Huckelrieder Parks vom sozialen Brennpunkt in einen Naherholungsbereich, man kann etwas bewirken.

Ein wichtiges Element in dieser Kette der Bürgerbeteiligung sind die Wahlen. Ich sitze da und denke an alle die, die nicht wählen dürften.

Ich denke an meine Oma, die in einer Zeit geboren wurde, in der Frauen nicht wählen durften und die nie in ihrem Leben eine de facto freie, geheime und demokratische Wahl mitmachen durfte, weil sie in der DDR gelebt hat. Ich denke an meine Onkel, Tanten, Cousins und Cousinen, deren erste freie Wahl 1990 war und das obwohl manche von ihnen zu diesem Zeitpunkt schon fast 60 Jahre alt waren. Und darum ist für mich zu wählen keine Pflicht, sondern immer noch etwas Besonderes. Ich bin erstaunt, dass so viele Menschen die Möglichkeit in unserem Lande etwas mitzuentscheiden nicht wahrnehmen. Nicht wahrnehmen, obwohl sie nicht mehrere Stunden unterwegs sind, um ihre Stimme abzugeben, obwohl sie auf ihrem Gang zur Urne nicht von Scharfschützen bedroht werden und nicht in sengender Sonne oder strömendem Regen Stunden vor dem Wahllokal ausharren müssen. Wie es in vielen Ländern der Fall ist.

Ich verstehe, warum Menschen politikverdrossen sind. Sie erleben, dass Politiker vor der Wahl etwas versprechen und nach der Wahl, das genaue Gegenteil tun. **Und doch rufe ich alle auf, im Mai zur Wahl zu gehen.** Gerade hier im kleinen Bundesland Bremen kann man mit seiner Stimme etwas bewirken. Und da wir deren sogar fünf bei dieser Wahl haben, kann ich mir sehr genau überlegen, welcher der Politiker ...

weiter geht es auf Seite 4

Zu den Libyenartikeln im April-BAF

Zu Libyen

Ich halte die Erklärung des Bremer Friedensforums zum militärischen Eingriff von NATO-Ländern und der NATO selbst in Libyen für ausgewogen und angemessen.

Es ist schon eigenartig zu verlangen, dass vor der Kritik daran eine Auseinandersetzung mit dem Gaddafi-Regime stattzufinden hätte.

Die in dieser Sache weitgehend gleichgeschalteten Medien unsres Landes haben diese Angelegenheit zum Überdruss übernommen und damit, ähnlich wie bei dem Irak-Krieg, den geistigen Boden bereitet um militärisch eingreifen zu können.

Es müsste schon eine ganz neue Erfahrung sein, um zu glauben, dass die NATO eine Einrichtung zum Schutz von Menschenrechten oder gar revolutionären Bewegungen sei.

Das Interesse der NATO liegt bei den Rohstoffquellen und gäbe es in Libyen kein Öl, gäbe es auch keinen Kriegseinsatz der NATO.

Harold Pundsack

Ein neuer Krieg ums Öl

Der UN-Sicherheitsrat hat seine Mitgliederstaaten ermächtigt "alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen ... um Zivilisten und von Zivilisten bewohnte Gebiete zu schützen". Die NATO-Staaten Frankreich, Großbritannien, USA und Italien erklären sich ermächtigt, libysche Flugzeuge und -plätze zu zerstören. Eines ist jetzt schon sicher, die Bombenangriffe werden den Blutzoll im Wüstenstaat steigern. Außerdem, ein politischer Krieg wird nicht aus der Luft entschieden, sondern am Boden. Wann werden also NATO-Soldaten in Bengasi und Tripolis kämpfen? Werden dann diese Städte mit ihren Millionen zivilen Einwohnern ebenfalls bombardiert- wie bereits in Jugoslawien, Irak und Afghanistan geschehen? Wie dort könnte die NATO Militärbasen einrichten und die Ölkonzerne hätten direkten Zugriff auf libysches Öl und Gas.

Eva Böller

Erklärung zum Krieg gegen Libyen

Die Erhebung der Menschen in Nordafrika und anderen arabischen Ländern gegen korrupte Regimes und antidemokratische Herrscher-Clans werden von allen demokratischen Kräften unseres Landes unterstützt. Die VVN-BdA hofft, dass es den Völkern gelingt, alte Machtstrukturen zu beseitigen und ihr Schicksal in die eigenen Hände zu nehmen. Durch militärische Einmischung von NATO-Staaten wurde jetzt die Situation verschärft, ja sogar ein internationaler Krieg angezettelt. Das findet unseren entschiedenen Widerspruch. Dieser Krieg ist kein Krieg für Menschenrechte. Deutschland sollte sich auf die Verpflichtung besinnen, sich jeder Kriegshand- lung zu enthalten. Die Stimmenthaltung Deutschlands im UN-Weltsicherheitsrat über die Frage des Kriegseinsatzes gegen Libyen könnte ein Anfang zur Umkehr sein. Wir fordern: Schluss mit dem deutschen Waffenexport! Es sollte allen Flüchtlingen aus Nordafrika Asyl im Bereich der EU gewährt werden. Alle Bemühungen zu einer Verhandlungslösung sind zu unterstützen. Wir fordern den sofortigen Schluss der kriegerischen Intervention gegen Libyen.

Bundesausschuss der VVN-BdA, Magdeburg, 20.03.2011

Deutlich verjüngt

... Dr. Axel Holz thematisierte staatliche Versuche, die Grauzone von Wegweisern und Tippgebern wie Sarrazin, Westerwelle oder Koch aus offiziellen Ausstellungen herauszuhalten, Cornelia Kerth die Wirkung dieser Grauzone in der Öffentlichkeit, auf Meinungsumfragen und Studien. Ulrich Sander griff die verstärkte Einflussnahme der Bundeswehr auf Bildung und Arbeitwelt auf, Dr. Peter Strutynski Sarkozys Friedensbombardements in Libyen.

142 Delegierte im Alter von 28 bis 85 Jahren beteiligten sich am Sonntag an der Bearbeitung und Verabschiedung der Anträge. Der Leitantrag "das Vermächtnis des Widerstandes weitertragen" wurde bei drei Enthaltungen angenommen. Einstimmig verabschiedet wurden die Anträge "Kein Werben fürs Sterben" und "Schutz für Grabstätten der Sinti und Roma", "Rettet das Leben von Mumia Abu Jamal", mit großer Mehrheit die Anträge "die Hinterbliebenen der Opfer fordern ihr Recht", "Spurensuche Verbrechen der Wirtschaft 1933-1945", "Antifaschistische Positionen statt Nazis in die Parlamente". Anders als beim ausgesprochen konstruktiven Kongresssamstag kam es zum Schluss zu einer polemischen Debatte zum Thema Israelkritik und Antisemitismus. Zwei Drittel der Delegierten sprachen sich dafür aus, dass für unsere Mitgliedschaft das Verhältnis zu Israel *"in erster Linie davon bestimmt* (ist), *dass dort eine große Zahl von Überlebenden des Holocaust und deren Nachkommen leben ... Wer diese grundsätzliche Konsequenz nach der Shoa infrage stellt, kann für uns kein Bündnispartner sein."* Ebenso wenig aber auch die, die *"israelische Oppositionelle, die mit Sorge analysieren, welche katastrophalen Folgen die permanente Kriegssituation für die gesellschaftliche Entwicklung hat, zum Schweigen zu bringen."*

Mit großer Mehrheit wurden Prof. Dr. Heinrich Fink und Cornelia Kerth als Bundesvorsitzende wiedergewählt, Regina Elsner und Richard Heseler als Schatzmeister, Dr. Regina Girod, Ulrich Sander, Dr. Axel Holz, Dr. Ulrich Schneider, Jürgen Gechter, Paul Bauer und Heinz Siefritz in den Bundessprecherkreis. Der Bundesausschuss hat nun die Aufgabe, die verbliebenen Anträge zur Antifa-Gestaltung, Bildungsarbeit und Diskussionsforen zu befinden.

Raimund Gaebelein

Herbert zum 90.

Landesvorstand der VVN-BdA Bremen und die Redaktion "Der Bremer Antifaschist" wünschen ihrem Herbert Breidbach alles Gute zum 90. Geburtstag. 1983 fand er in der VVN-BdA eine Organisation, die seinen antifaschistischen politischen Vorstellungen entsprach. Lange Jahre arbeitete er sehr aktiv im VVN-Landesvorstand und der BAF-Redaktion. Über seine Motive schreibt er: *"Ich bin Jahrgang 1921, wurde 1941 Soldat und geriet im Januar 1943 in sowjetische Kriegsgefangenschaft. Seit meiner Rückkehr Ende 1947 bin ich politisch aktiv. In den letzten Jahren mehrfach als Zeitzeuge von Schulen und auch von Kirchengemeinden eingeladen ... Mir ist es immer ein wichtiges Anliegen, in solchen Begegnungen das selbst Erlebte der Jahre 1933-1945 in Bezug zu setzen mit dem, was danach geschah"* (BAF 04/2010). Dem Erhalt des Schnürschuhtheater gilt das besondere Interesse der Breidbachs: *"Das Theater ist mit seinen Produktionen, die sich immer wieder mit Themen wie Rassismus, Gewalt, soziale Situation von jungen Menschen u.a. auseinandersetzen, angesichts der Entwicklung neonazistischer Ideologien und Gruppierungen (siehe Heisenhof) eine außerordentlich wichtige antifaschistische Institution ... Das Beeindruckenste daran war für mich, dass sehr viele junge Menschen - ganze Schulklassen mit ihren LehrerInnen und Mitglieder von Jugendorganisationen - zu den Besuchern zählten und einige von ihnen auch in den Foren zur Diskussion sprachen ..."* (BAF 05 und 06/2005). Auch in der deutsch tschechoslowakischen Gesellschaft und in der Lidice-Initiative war Herbert aktiv. In dieser Funktion nahm er an Fahrten nach Prag, Lidice und Banska-Bystriza teil. Herbert kam und kommt es darauf an, in seinen Trauerreden und als Zeitzeuge aus seinen persönlichen Erlebnissen zu berichten und dabei seine Meinung zum aktuellen Geschehen und seine Auffassungen darzulegen, ohne Pathos und falsches Heldentum oder Besserwisserei. Mehr als 90 Artikel, Berichte, Kommentare oder Stellungnahmen schrieben die Breidbachs in den letzten 23 Jahren für den Bremer Antifaschist. Die Themen betreffen die Gefahren, die aus der Politik des sozialen Kahlschlags und dem Anwachsen des heutigen Neofaschismus erwachsen, die Wichtigkeit einer starken, orientierten Gewerkschaftsbewegung, die Chancen, die sich aus einer Verschiebung der Kräfteverhältnisse nach links ergeben, der Hoffnung, dass Schülerinnen und Schüler aus der Vergangenheit lernen. Mit Ingeborg sammelt er 2007 Unterschriften, damit endlich das Verbotsverfahren gegen die NPD eingeleitet wird. Diese Arbeit setzen sie mit der Sammlung von Stellungnahmen dazu 2009/2010 eifrig fort. Sein Appell vom September 2009, zur Wahl zu gehen, steht gleichsam für Herberts gesamte Haltung: *"Gehen Antifaschisten und Friedensfreunde nicht wählen, nützt das vor allem den Rechtskräften aller Schattierungen, speziell den Neonazis in NPD/ DVU und Reps ... Geht zur Wahl und trefft Eure Entscheidung nicht aufgrund gut klingender Wahlpropaganda. Fragt kritisch: Welche Partei ist konsequent gegen die Auslandseinsätze der Bundeswehr ... Welche Partei ist ebenso konsequent gegen die vielen Pläne und Maßnahmen der Einschränkung der demokratischen Rechte. Und welche kämpft gegen eine Finanz- und Sozialpolitik, die für die Großbanken und Superreichen die vielen hundert Milliarden Euro an Krediten und Bürgschaften aus Steuermitteln aufwendet und dafür drastisch die Mittel für Bildung Gesundheitswesen und Soziales zusammenstreicht."*



Herbert Breidbach zwischen Barbara Johr und Jens Böhrnsen

Ein Regierungswechsel alleine reicht nicht aus: *"Entscheidend für einen Politikwechsel ist immer der Druck von unten, sind die außerparlamentarischen Aktionen ...,* schreibt Herbert im April 98. **Seine Wahlaufforderung behält gleichermaßen Gültigkeit für die Bürgerschaftswahl am 22. Mai.**

Raimund Gaebelein

Mit "No-npd" und 1. Mai beim Innensenator

Nach dem Treffen beim Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft am 03. März hatte unsere kleine Abordnung nun auch Gelegenheit dem Innensenator, Herrn Mäurer, die Dokumentation mit den 5.404 Stellungnahmen für ein Verbot der NPD zu übergeben. Auch er war besonders interessiert an den in Bremen eingeholten Stellungnahmen und betonte, er sei prinzipiell für die Einleitung eines zweiten Verbotsverfahrens.

Ein solches müsse aber genau überlegt werden. Ein zweites Scheitern vor dem Bundes-Verfassungsgericht dürfe es nicht geben. Er setze sich aber mit seinen SPD-Kollegen bei Innenministerkonferenzen dafür ein. Natürlich kamen bei dem Gespräch auch die von der NPD geplanten Aktionen am 1. Mai zur Sprache. Er lies dabei durchblicken, dass man Informationen habe, nach denen die NPD, angesichts der vielfältigen Gegendemonstrationen des breiten Bündnisses Bremer Organisationen und Initiativen auf ein Stadtgebiet außerhalb des Zentrums ausweichen wolle. Der Bremer Senat, seine Behörde und die Polizei werden jedenfalls alles tun, was ihnen das Gesetz erlaubt, um die NPD-Aktionen "in Grenzen zu halten". Wenn diese Ausgabe unseres BAF erscheint, ist der 1. Mai schon Geschichte. Ich bin überzeugt, sie wird davon zeugen, dass tausende Bremer Antifaschisten und Antifaschistinnen mit ihren Massenaktionen erfolgreich den braunen Spuk aus unserer Stadt vertrieben haben.



Herbert, Ulrich Mäurer, Marion, Raimund (v.l.)

Herbert Breidbach

Termine im Mai

Ausstellung Polizei. Gewalt.

Bremens Polizei im Nationalsozialismus

Vom 30. April - 27. Mai 2011 zeigt der Senator für Inneres und Sport im Wall-Saal der Stadtbibliothek eine Ausstellung zur Rolle der beiden Bremer Polizeibataillone bei der Vernichtung der Juden im 2. Weltkrieg. *"Beschönigt wird nichts"*, heißt es im Begleitblatt. *"Wen immer die Nationalsozialisten als ihre Feinde bezeichneten, der war auch der Feind der Polizei: Politische Gegner wie Kommunisten oder Sozialdemokraten, Oppositionelle etwa aus den Reihen der Kirchen. Oder Menschen, die nicht in die nationalsozialistischen Vorstellungen von der deutschen ‚Volksgemeinschaft' passten und die als ‚asozial' ausgegrenzt wurden und in den Konzentrations- lagern verschwanden. Die Entrechtung, Drangsalierung und Deportation der Juden und der Sinti und Roma war wesentlich mit das Werk der Polizei... Zwei in Bremen aufgestellte Polizeibataillone wirkten in Polen, in der Sowjetunion und in den Niederlanden am Völkermord mit."*

Ich darf wählen ...

.... engagiert ist und welcher nur ein Auge auf Karriere und Pension hat.
Fünf Stimmen bedeuten für mich als Wahlhelfer viel Arbeit, sehr viel Arbeit, aber für mich als Bürgerin bedeutet es, einen bunten Strauß pflücken zu können. Endlich hat mein Wunschkandidat von den unteren Listenplätzen eine reelle Chance in die Bürgerschaft und in den Beirat zu kommen.
Und natürlich ist jede Stimme eines Demokraten, der nicht zur Wahl geht, eine Stimme weniger für die Demokratie und damit indirekt eine Stimme mehr für die Neonazis. **Also geht zur Wahl** und schenkt den Wahlhelfern ein Lächeln, denn die verbringen auf meist unbequemen Stühlen, ihre Zeit für ein Recht auf Wählen. Ein Lächeln kann einen ganzen Wahltag erhellen. Und wer nicht zum Wahllokal hingehen kann, der macht eben Briefwahl. Wer sich bis 18:00 Uhr im Wahlraum befindet - egal wie sich dort die Schlange kringelt - kann wählen, egal wie lange er zum Ausfüllen des Wahlzettels, zum Beenden seiner Wahl braucht.

Silke

Am 09. Mai um 18:00 Uhr im Wall-Saal Podiumsdiskussion zur Rolle der Polizeibataillone bei der Vernichtung der jüdischen Bevölkerung mit Prof. Karl Schneider, Dr. Stefan Klemp und Wolfgang Kopitzsch.

Am 24. Mai um 19:00 Uhr im Wall-Saal "So ein bißchen Wahrheit", Lesung aus den Briefen des Kaufmanns und Bataillonsfotografen Hermann Gieschen mit Peter Lüchinger und Franziska Mencz von der Bremer Shakespeare Company

Am 27. Mai um 16:00 Uhr im Wall-Saal Abschlussveranstaltung "Vergangenheitsbewältigung - Brückenschlag in die Moderne" mit Senator Ulrich Mäurer, Altbürgermeister Hans Koschnick und Polizeipräsident Holger Münch

Achtung Langemarck

Am 10. Mai 2011 findet um 15:00 Uhr vor der Hochschule Bremen in der Langemarckstraße eine Veranstaltung statt. Gesprochen wird über die geschichtliche Bedeutung des Namens Langemarck.

Umrahmt von einem kulturellen Programm, mit einem Sänger der Gruppe "Grenzgänger"

Sprecher: Andrea Müller von der Lidice-Haus. Es lädt dazu ein: Der Arbeitskreis Geschichtspfad Langemarckstraße.

Bis zum Ende?

Der 83jährige Walter Kübelbäck staunte nicht schlecht, als ihn ein Schreiben des Versorgungsamtes erreichte. Sein Antrag auf Verlängerung des Schwerbehindertenausweises sei abgelehnt, hieß es. Er sei arbeitsfähig. Walter überlegt nun, ob er sich nun beim Jobcenter Neubrandenburg vorstellen muss.

“Der Bremer Antifaschist”, kurz BAF, ist die Zeitung der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten Bremen e.V. (VVN-BdA) und erscheint monatlich.

Wir sind **Am Speicher XI Nr. 9**, 28217 Bremen, erreichbar.

Beim BLG-Forum - nicht im Speicher

Tel.: 0421/38 29 14
Fax: 0421/38 29 18

Montag: 16:00 - 18:00 Uhr
Donnerstag: 16:00 - 18:00 Uhr

E-Mail: bremen@vvn-bda.de
Internet: www.bremen.vvn-bda.de
Internet: www.kueste.vvn-bda.de

In den Schulferien finden Bürostunden nur auf Anfrage statt (siehe Stadtrundgänge).

Für die Unterstützung unserer Arbeit:
Die Sparkasse in Bremen
BLZ: 29050101 - Konto-Nr.: 1031913
BIC: SBRE DE 22
IBAN: DE06 29050101 000 1031913
Wir sind vom Finanzamt als gemeinnützig anerkannt.

Antifaschistische Stadtrundgänge können entweder über unser Büro (0421-382914 bzw. bremen@vvn-bda.de) oder über Raimund Gaebelein (0421-6163215 oder 0176/ 49865184) angemeldet werden.

Der Geschäftsführende Vorstand trifft sich jeden zweiten Montag von 18:00 - 20:30 Uhr.

Der Landesvorstand trifft sich am letzten Montag eines Monats von 18:00 - 20:30 Uhr.

Die Sitzungen sind natürlich mitgliederöffentlich.

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Auffassung der Redaktion wieder.

Redaktionsschluss ist am 05. des Vormonats

V.i.S.d.P.: Raimund Gaebelein

Nachdruck ist mit Quellenangabe und Belegexemplar erwünscht!

Mich interessieren folgende Themen:

o Einwanderer und Flüchtlinge
o Rassismus
o Neofaschismus
o Frieden/Antimilitarismus
o Erinnerungsarbeit

o Ich möchte mehr über die VVN-BdA wissen.
o Ich bin bereit einzelne Aktionen zu unterstützen.
o Ich möchte in die VVN-BdA eintreten.
o Ich möchte den “Bremer Antifaschist” probeweise / regelmäßig beziehen.

Name ______________________

Straße ______________________

PLZ, Ort ______________________

Bremen, den ______________________